



öffentlich

**Betreff:**

Sichtbarkeit von psychosozialen Hilfsangeboten erhöhen

**Einreicher:** Fraktion SPD, DIE LINKE

Erstellungsdatum: 17.05.2022

Freigabedatum: \_\_\_\_\_

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
01.06.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die telefonischen Hilfsangebote für Menschen in belastenden Lebenslagen zu erhöhen. Hierfür sollen:

1. telefonische Hilfsangebote schnell sichtbar und gebündelt auf der Homepage zu finden sein.
2. die digitalen Werbemöglichkeiten, z.B. in den öffentlichen Verkehrsbetrieben genutzt werden, um Potsdamerinnen und Potsdamer über die Angebote zu informieren.

Ziel soll es sein, sowohl Potsdamerinnen und Potsdamern schnelle und unkomplizierte Hilfsangebote gegen ihre Belastungen zu geben als auch die Bevölkerung allgemein weiter für die Thematik zu sensibilisieren.

Über die Umsetzung ist der Stadtverordnetenversammlung im September 2022 zu berichten.

gez.

Fraktionsvorsitzende SPD  
Dr. S. Zalfen, Dr. H. Wegewitz

Fraktionsvorsitzende LINKE  
Dr. S. Müller, S. Wollenberg

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die Corona-Krise hat viele Potsdamerinnen und Potsdamer psychisch schwer belastet. Dies lässt sich auch mit Zahlen darlegen: Die kürzlich veröffentlichte Copsy-Studie für Brandenburg zeigte einen deutlichen Anstieg von Ängsten und Depressionen bei Jugendlichen. Dabei sind vor allem junge Potsdamerinnen und Potsdam aus sozial schwierigen Familienverhältnissen überproportional stark betroffen. Aber nicht nur Kinder haben mit den psychischen Folgen zu kämpfen; sämtliche Beratungsstellen und therapeutische Einrichtungen vermerkten deutliche Anstiege.

Trotz der Vielzahl an Menschen, die darunter leiden, sind psychosoziale Belastungen noch immer ein schambesetztes Thema. Dies hat des Öfteren zur Folge, dass Beratungsangebote erst in Anspruch genommen werden, wenn der eigene Leidensdruck längst sehr hoch ist.

Dabei gibt es viele Angebote, die einem bereits zu einem Zeitpunkt helfen, bevor es komplexere Hilfsmaßnahmen braucht. Diese sind jedoch noch viel zu wenig bekannt bzw. werden viel zu wenig in Anspruch genommen. Das gilt für die „Nummer gegen Kummer“ des Bundes für Kinder und Jugendliche ebenso wie für das „Hilfetelefon“ für Gewalt gegen Frauen oder die Nummer der „116117“, unter welcher man sich ggf. zentral zu einer psychotherapeutischen Praxis vermitteln lassen kann, sowie die kommunalen Möglichkeiten wie z. B. die Potsdamer Telefonseelsorge und die neu eingerichtete Kinderschutz-Hotline.

Über all diese Angebote sollen Potsdamerinnen und Potsdamer durch Werbemöglichkeiten als auch durch eine gut aufbereitete Website informiert werden.